

Tamus-Beitung.

Offizielles Organ der Behörden des Amtsgerichtsbezirks Königstein.

Kelkheimer- und
Hornauer Anzeiger

Nassauische Schweiz
Eppenhain, Glashütten, Ruppertshain, Schloßborn

Anzeiger für Ehlhalten,
Falkensteiner Anzeiger

Falkensteiner Anzeiger
Fischbacher Anzeiger

Die „Tamus-Beitung“ mit ihren Neben-Ausgaben erscheint an allen Wochentagen. — Bezugspreis ein-
schließlich der Wochen-Beilage „Tamus-Blätter“ (Dienstags) und des „Illustrierten Sonntags-Blattes“
(Freitags) in der Geschäftsstelle oder ins Haus gebracht vierteljährlich M. 1.75, monatlich 60 Pfennig, beim
Vorstelker und am Zeitungsstall der Postämter vierteljährlich M. 1.80, monatlich 60 Pfennig (Beleggeld nicht
mit eingerechnet). — Anzeigen: Die 50 mm breite Zeile 10 Pfennig für druckbare Anzeigen, 15 Pfennig
für auswärtige Anzeigen; die 35 mm breite Zeile 8 Pfennig für druckbare Anzeigen, 12 Pfennig für
auswärtige Anzeigen; tabellarischer Satz

Dienstag
21
November

wird doppelt berechnet. Ganze, halbe, Drittel und Viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung.
Bei Wiederholungen unendlicher Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechend Nachschuß. Jede Nach-
schuß-Berechnung wird hinsichtlich der gerichtlichen Vertretung der Angelegenheiten. — Einfache Beilagen:
Tausend M. 5. — Anzeigen-Ausnahme: größere Anzeigen bis 6 Uhr vormittags, kleinere Anzeigen bis
halb 12 Uhr vormittags. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen oder an bestimmter Stelle
wird tadellos berücksichtigt, eine Gewähr hierfür aber nicht übernommen.

Nr. 273. 1916

Verantwortliche Schriftleitung Druck und Verlag:
Ph. Kleinbühl, Königstein im Tamus
Postfachkonto: Frankfurt (Main) 9927.

Geschäftsstelle:
Königstein im Tamus, Hauptstraße 41
Fernsprecher 44.

41. Jahrgang

Der österreichisch-ungar. Tagesbericht.

Wien, 20. Nov. (W. I. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird
verlautbart:

Östlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generaloberst
Erzherzog Carl.

Die Operationen gegen Rumänien verlaufen planmäßig.
Nordlich von Campolung wurden wieder heftige Angriffe
abgeschlagen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls
Prinz Leopold von Bayern.

Nichts von Belang.

Italienischer und Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keinerlei Ereignisse von Bedeutung.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:

v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Amerika.

Keine Vermittlungsabsichten Wilsons.

Berlin, 20. Nov. (Priv.-Tel. d. Frkf. Ztg., j.) In
einem Augenblick, wo in mehreren Blättern sehr ernstlich
über Wilsons Absichten einer Friedensvermittlung gesprochen
und heiß gestritten wird, ob eine solche Aktion der neu ge-
wählten Präsidenten erwünscht oder eine Gefahr sei, ist es
von Interesse zu erfahren, daß auf die Anfrage des hiesigen
Vertreters der „Associated-Press“ in Washington, ob der
Präsident eine solche Friedensaktion beabsichtige, aus ernster
und zuverlässiger Quelle die Antwort gekommen ist, Wilson
habe nicht die Absicht, irgendwelche Friedensschritte zu un-
ternehmen.

Die Beziehungen zu Deutschland.

Wien a. Rh., 20. Nov. (W. I. B.) Die „Kölnische Zei-
tung“ meldet aus Washington: Staatssekretär Lansing hat
nachmittags in einer Besprechung mit Zeitungsberichtern
amtlich die Behauptung zurückgewiesen, daß die
Washingtoner Regierung einen Bruch mit Deutschland be-
absichtige. Die Erzählung dieser Art, welche in der New Yorker
„Evening Post“, der „Times“ und „Tribune“ erschienen,
wurden für absurd und gänzlich unbegründet erklärt, wo-
bei Lansing nachdrücklich betonte, daß die leitenden Regie-
rungskreise keine derartigen Besorgnisse hegten, zumal seit
Hindenburg und Ludendorff der Politik des Reichskanzlers
zugestimmt hätten.

Der Staatssekretär bestritt ferner, daß er einen schrift-
lichen Einspruch des belgischen Gesandten gegen die Abschie-
bung arbeitsloser Belgier nach Deutschland erhalten hätte,
wie in einer Erklärung des Gesandten (!) in der Presse
behauptet wurde. Das Staatssekretariat habe nur
mündliche Vorstellungen in der Sache vor drei Wochen er-
halten. Staatssekretär Jagow habe eine formelle Mitteilung
über Deutschlands Haltung zugesagt, welche dann dem bel-
gischen Gesandten übergeben werden solle.

Kleine Kriegsnachrichten.

Die Zivildienstpflicht.

Berlin, 20. Nov. (Priv.-Tel. d. Frkf. Ztg.) Der Reichs-
kanzler v. Bethmann Hollweg weist seit zwei Tagen im
Hauptquartier. Ein Berliner Mittagsblatt nimmt
an, daß sein Aufenthalt mit Besprechungen über das Ge-
setz über den Zivildienst, das jetzt Gesetz über den vaterländischen
Zivildienst heißt, zusammenhänge. Das ist sehr möglich,
denn auch dieses Gesetz allein nicht der Grund zur Reise des
Kanzlers ins Große Hauptquartier ist, eine Reise, die er ja
während des Krieges schon so oft angetreten hat. Es wird,
wie es in der Natur der Sache liegt, eine Beschleunigung des
Gesetzes gewünscht, und es heißt, daß der Haupt-
sachlich des Reichstages, der ja, wie wir mitteilen, das
Gesetz vor der Einbringung im Plenum beraten soll, sich
am Ende dieser Woche damit befassen wird, so daß es in
der nächsten Woche Gesetz werden könnte.

Die deutschen Zivilgefangenen auf Madagaskar.

Berlin, 20. Nov. (W. I. B.) Nach Mitteilung der hie-
sigen amerikanischen Botschaft haben alle auf Madagaskar
internierten deutschen Zivilgefangenen die Insel am 29. O-

tober verlassen. Sie wurden mit dem nach Marseille be-
stimmten Dampfer „Sydney“ nach Frankreich überführt.

Ein belgischer Protest.

Bern, 20. Nov. (Priv.-Tel. d. Frkf. Ztg., j.) Die
belgische Regierung legte durch ihren Gesandten in Bern
beim Bundesrat gegen die Abführung von Belgiern nach
Deutschland Protest ein. Die gleiche belgische Note ging
allen neutralen Regierungen zu.

Die diplomatische Absperrung Griechenlands.

Athen, 20. Nov. (W. I. B.) Meldung des Reuterschen
Bureaus. Die Alliierten verlangten, daß dem deutschen,
dem österreichisch-ungarischen, dem türkischen und dem bul-
garischen Gesandten ihre Pässe ausgehändigt werden. Die
Regierung betrachtet diese Forderung als unannehmbar. Es
wurde ein Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Königs abge-
halten, um die Angelegenheit zu besprechen. Der König hat
für morgen früh 10 Uhr einen Kronrat einberufen. Es
herrscht große Beunruhigung, da die Alliierten verlangt
haben, daß die feindlichen Gesandten am Mittwoch abreisen.

Die Beisehung Tschirakhs.

Dresden, 20. Nov. Die Leiche des früheren deutschen
Botschafters in Wien v. Tschirak traf gestern aus Wien
in Dresden ein und wurde in der nahen Dorfkirche in Hoster-
witz, wo sich die Erbsgrube der Familie befindet, aufgebahrt.
Die Witwe des Botschafters traf heute früh zur Beisehung
aus Wien ein. Diese findet heute mittag im Beisein u. a.
des Königs von Sachsen und eines Vertreters des Berliner
Auswärtigen Amtes statt. Aus der großen Zahl von Kranz-
spenden ist zu erwähnen ein Kranz des deutschen Kaisers,
des Kaisers von Österreich und der Könige von Sachsen und
Bayern.

Das Todesurteil gegen Dr. Kramarz und Genossen bestätigt.

Wien, 20. Nov. (Priv.-Tel. d. Frkf. Ztg., j.) Der
Oberste Landwehrgerichtshof verurteilt die Mordanschlags-
schwerde gegen das Urteil gegen Dr. Kramarz, Dr. Rafin,
Cervinka und Jamazagl, die wegen Hochverrats und Ver-
brechens gegen die Kriegsmacht des Staates beziehungsweise
wegen Auspöhlung zur Kriegszeit zum Tode verurteilt
waren. Das Urteil ist somit in vollem Umfang rechtskräftig.

Preußischer Landtag.

Mit 180 gegen 104 Stimmen ist im Landtag gestern der
Polenentwurf angenommen worden, den die Konservativen,
Freikonservativen und Nationalliberalen gemeinsam einge-
bracht hatten und den wir in der Samstags-Nummer aus-
führlich veröffentlichten.

Die Parteien haben sich wirklich auf Erklärungen oder
kurze Reden beschränkt. Herr v. Henckell hat mit aller
Vorsicht nichts anderes getan, als den gedruckten Antrag
kurz umschrieben, und darauf ist der Minister des Innern
Herr v. Loebell gekommen und hat mit einem gewissen red-
nerischen Aufwand zunächst festgestellt, daß die Antragsteller
und das Abgeordnetenhaus sich auf den Boden der voll-
zogenen Tatsache stellen, und daß das preußische Staats-
ministerium im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit heran-
gezogen worden ist, als es die Gründung des polnischen
Staates galt, wie einige Organe behauptet hatten. Und
dann hat Herr v. Loebell weiter recht klug die einfache Tat-
sache umschrieben, daß die Regierung mit den Ansichten, die
im Antrag zum Ausdruck kommen, einverstanden sei. Was
er dann dem neuen polnischen Staat als einem zukünftigen
Bundesgenossen mit auf den Weg gab und die Art, wie er
von den preußischen Polen sprach, war bei aller Zurückhal-
tung recht wirksam und erntete Beifall.

Dann sprach der freikonservative Abgeordnete Freiherr
v. Zedlitz. Seine Rede war eine Mahnung an die preu-
ßischen Polen.

Nach ihm kam ein Vertreter der polnischen Fraktion. Er
sagte, was man erwarten dürfte und was auch die Antrag-
steller hätten wissen müssen, da sie ja die radikale Richtung
der Mehrheit der Polen im Abgeordnetenhaus genau ken-
nen; er sprach nämlich in einer formulierten Erklärung sehr
ernst und kühl über die Schaffung des neuen Staates, durch

die das Schicksal der polnischen Nation und ihr Verhältnis
zum deutschen Volk sich für alle Zeiten anzeige. Er ver-
sicherte, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt seien, aber
die Antragsteller ließen dieses Verantwortlichkeitsgefühl ver-
missen, sonst hätten sie die heutige Erörterung nicht her-
vorgezogen.

Der fortschrittliche Abgeordnete Bachmide hat dem neu er-
stehenden polnischen Staat freundliche Worte der Begrüßung
gewidmet als einem zukünftigen Bundesgenossen, der jetzt
schon an unserer Seite mitwirken wird, den Krieg zum
glücklichen Ende zu führen, und hat dann die Antragsteller
daran erinnert, daß es in der Politik zarte Pflanzungen gebe,
die man nicht vorzeitig berühren und auf die Anzahl ihrer
Staubgefäße untersuchen solle, oder auf die Festigkeit der
Wurzel. Und eine Untersuchung bedeute dieser Antrag, oder
er ist wenigstens die Handhabe zu einer solchen Unter-
suchung. Und daher bedeutet er keine Förderung des weit
auschauenden Wertes, das mit der Proklamierung des pol-
nischen Staates begonnen ist.

Der Redner des Zentrums, Herr Herold, sagte einfach,
der vorliegende Antrag enthält Selbstverständliches und da-
her bedarf es keines Antrages. Ueber das, was der Antrag
im einzelnen ausführt, kann man allerdings verschiedener
Ansicht sein und alles Mögliche herauslesen, und daher wäre
es besser gewesen, den Antrag nicht einzubringen, und die
Entwicklung der Diskussion bestätigt das. Mit der Polen-
politik sind wir nicht einverstanden gewesen; wir verlangen

Vertrauen gegenüber der polnischen Bevölkerung.

Die polnischen Preußen sollen Preußen sein und bleiben.
Die Errichtung des polnischen Staates ist eine große Tat
und ein Beweis von Uneigennützigkeit, der von den Polen
anerkannt wird, und wir können erwarten, daß sie sich
auch in Zukunft als Verbündete Deutschlands fühlen wer-
den. Dazu wird beitragen die Revision der preußischen Po-
lenpolitik. Bringe man den Polen Vertrauen entgegen, so
werden sie sich auch als Preußen fühlen. Den vorliegen-
den Antrag lehnen wir ab.

Zum Schluß kam Herr Ströbel, der Sozialdemokrat, und
nutzte mit Behagen die Gelegenheit aus, die ihm die An-
tragsteller gegeben hatten. Er sagte: Die Proklamierung
des polnischen Staates ist ein Akt der selbstherrlichsten Auto-
kratie, der einem politisch mündigen Volke nicht zugemutet
werden sollte und den man vielleicht selbst der russischen
Duma nicht hätte bieten können. Mit der Schaffung des
Königreiches Polen ist ein wichtiger Teil der Kriegsziele vor-
weggenommen. (Während dieser Ausführungen entsteht
steigende Unruhe im Hause.) Im Auslande hat man andere
Vorstellungen von der Würde und den Pflichten einer Volks-
vertretung, als bei uns. Die Antragsteller lehnen die Ver-
antwortung für die Gründung des Königreiches Polen ab,
aber sie müssen, wenn sie es ernst meinen, auch Maßregeln
ergreifen, um zu verhindern, daß das eintritt, was sie für
schädlich halten. (Die Unruhe im Hause nimmt zu und
macht die Ausführungen des Redners unverständlich.) Eine
Befreiung, die die Polen militärisch, wirtschaftlich und po-
litisch an Deutschland bindet, ist keine Befreiung. (Als der
Redner ausführlich darauf eingehen will, wird er zur Sache
gerufen.) Im Prinzip treten wir natürlich für die Schaf-
fung eines selbständigen Polenreiches ein. Die Polen ver-
langen aber ein ungeteiltes und demokratisches Polen,
und damit hat die Warschauer Proklamierung gar nichts zu
tun. Durch die Proklamierung hat der Krieg nur eine Ver-
schärfung erfahren. Wir verlangen den Frieden ohne Annel-
tion auf dem Wege friedlicher Verständigung. (Als der Red-
ner weitere Ausführungen darüber macht und über die Ge-
fahren des Militarismus und des Kapitalismus spricht,
wird er erneut zur Sache gerufen.)

Minister v. Loebell antwortete auf die Ausführungen
des Vorredners unter lebhafter Zustimmung des Hauses.
Er schloß mit den Worten: Es ist beschämend, daß in einem
deutschen Parlament solche Reden gehalten werden können,
die das Deutschland im Ausland schädigen. (Lärm bei den
Sozialdemokraten.) Das deutsche Volk wird sich aufbäumen
gegen solche Ansichten (Lärmende Zustimmung und Wider-
spruch), die nicht ins Land gehen dürfen, ohne eine Er-
widerung zu finden, die ihren tiefen Nachhall im Lande
finden wird. (Lebhafte Zustimmung und Lachen bei den
Sozialdemokraten.)

Nachdem noch Abg. Ströbel, unter großem Lärm, worin
die meisten Ausführungen des Redners verloren gingen,
seinen Standpunkt vertreten hatte, schloß die Debatte.

Lokalnachrichten.

* Den Buß- und Betttag läuten die Glocken mit erstem, schwerem Klange ein. Es ist ein Feiertag inmitten des geräuschvollen Werktagelbens, ein Rasttag im Schaffen, ein Ruhetag für die innere Einsicht und Einsicht, ein Bitttag vor dem Thron des allmächtigen Gottes. Klingen und rauschen die Glocken in erhabener Ergriffenheit für unsere Seele an unser Ohr, so ist das im dritten Kriegsjahr mehr denn je der Fall. Und wir wollen und müssen bitten und beten, denn wir tun das nicht allein für uns, sondern auch für die sieben Tapferen, die draußen vor dem Feinde stehen. Die schweigende Stille daheim und das furchtbare Schlachtgetöse an der Front, das sich durch den zum Winter gewordenen Herbst nicht hat bannen lassen, welcher Gegensatz ist da! Aber auf die Winternacht folgen neue Zeiten der Saat und der Ernte, die auch die Genesen sollen, die vor dem Feinde stehen. Für sie und unser aller Wohl bitten wir, ihnen wollen wir dienen in festem Willen, in treuer Tat.

* Am 21. 11. 1916 ist eine Bekanntmachung Bestands-erhebung von Werkzeugmaschinen veröffentlicht worden. Hier- nach unterliegen die in der Bekanntmachung näher bezeich- neten Gegenstände einer genau geregelten Meldepflicht, so- weit die Maschinen nicht voll und ausschließlich und für eine längere Dauer als 2 Monate vom 21. 11. 1916 ab für Kriegszwecke beschäftigt sind. Die erste Meldung hat für den am Beginn des 21. 11. 1916 vorhandenen Bestand bis zum 30. 11. 1916 an die königliche Feldzeugmeisterei, Tech- nische Zentral-Abteilung, Berlin W. 15, Liebenburgerstraße 18/20, zu erfolgen. Die Meldungen sind auf besonderen amtlichen Meldebögen für jede einzelne Klasse der Ma- schinen auszufüllen. Die Meldebögen können bei dem Ver- ein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken, Berlin W., Bane- rischestr. 2, oder bei dem Verein deutscher Maschinen- Bau-Anstalten, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 3, angefordert werden. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist im Kreisblatt einzusehen.

* Gerstengrüße. Die Preisprüfungsstelle für den Regier- ungsbezirk Wiesbaden teilt mit: „Es erscheinen öfter in den Tageszeitungen Nachfragen nach Gerstengrüße. Diese ist im freien Handel nicht mehr vorhanden, und es wird offenbar versucht, die von den Landwirten für den eigenen Bedarf hergestellte Grüße anzukaufen. Der Verkauf solcher Grüße ist verboten und strafbar.“

* Der Kriegsdienst. Das Kriegsministerium hat Anord- nung getroffen, daß bei der Verwendung der Mannschaften auf die Familienverhältnisse der oft schon durch schwere Blutopfer hart geprüften Familien Rücksicht zu nehmen ist, und daß Familienväter mit vielen Kindern möglichst nicht dauernd in vorderster Linie Verwendung finden.

* Die „Bewirtschaftung“ der getragenen Kleidungsstücke. Eine neue Abteilung der Reichsbekleidungsstelle ist soeben eingerichtet worden. Ihr untersteht die Bewirtschaftung der Ersatzstoffe und der getragenen Kleidungsstücke. Die Ge- schäftsstelle hat ihren Sitz bei der Kriegswirtschafts-A.-G., Berlin. Bekanntlich hatte die Ausführungsbestimmung der Reichsbekleidungsstelle vom 31. Oktober d. J. Abnahme- stellen für getragene Kleidungsstücke vorgesehen, deren Ab- gabe wesentlich Erleichterungen bei der Ausfertigung von Bezugsscheinen für neue Herren-, Damen und Kinderbeklei- dung schafft. Diese Abnahmestellen werden jetzt im Reichs- allerwegen auf Anordnung der Reichsbekleidungsstelle er- richtet. Eine amtliche Bekanntmachung, die vorläufig noch aussteht, dürfte in aller Kürze zu erwarten sein.

* Preiserhöhung in der Möbelindustrie. Anschließend an die jetzt im Reichsamt des Innern zum Abschluß ge- kommenen Tarifverhandlungen in der Holzindustrie, in wel- chen der Beschluß gefaßt wurde, die Löhne um 25 bis 33 1/2 Prozent zu erhöhen und angesichts der steigenden Material- preise weist die Vereinigung Deutscher Möbel-Industriellen in Berlin darauf hin, daß auch die Fabrikate eine weitere entsprechende Preissteigerung erfahren müssen.

Von nah und fern.

Vom Taunus, 20. Nov. Der im weiten Umkreis be- kannte Landwirt und Schweinezüchter Louis Dannewitz in Heizenberg stürzte in seiner Scheuer so unglücklich ab, daß er an den erlittenen schweren Verletzungen kurz darauf ver- storben ist.

Ufingen, 21. Nov. Wegen zu geringen Absatzes verlaufen Schweinezüchter des Kreises ihre Ferkel zu recht netten Preisen als Spanferkel an Reisende, besonders aber an Jä- ger, die jetzt in großer Zahl den Kreis aufsuchen. Die Käu- fer führen die Tiere in Ruden über die Kreisgrenzen. Das Landratsamt hat nunmehr gegen diese neue Art der Fleischversorgung umfassende Maßregeln getroffen und be-

droht die Schweinezüchter, die ihre Ferkel ohne Erlaubnis verkaufen, mit erheblichen Strafen.

Höchst, 20. Nov. Heute Vormittag hielt in der Lang- gasse eine unbekannte Frauensperson ein Kind an, welches eine Tasche mit 2 Brolleiben trug, gab ihm zunächst einen Apfel und schickte es dann in die Bäckerei Pfeiffer um ein Stück Kuchen zu holen. Die Tasche mit dem Brot wollte sie dem Kinde bis zur Rückkehr behalten. Als das Kind un- verrichteter Sache zurückkam, war die Frau samt Tasche spur- los verschwunden.

Langenschwalbach, 20. Nov. Dem Schmiedemeister Chr. Eschenauer dahier ist jeglicher Viehhandel im Untertaunus- kreis untersagt worden. Auch die Verkäufer laufen Gefahr, bei Geschäften mit Eschenauer angezeigt zu werden.

Almenau, 20. Nov. Die 13jährige Tochter des Berg- manns Höfner schlief am Tisch in allzugroßer Nähe einer brennenden Karbidlampe ein. Die Kleider gerieten in Brand, der erst durch herbeigeeilte Nachbarnsleute erstickt wurde. Das Mädchen trug schwere Brandwunden davon.

Hallgarten, 20. Nov. In der Wildbieb-Affäre Ludwig Kopp-Deitrich (Erbschießung des Försters Orlopp) ist die weitere Untersuchung dem Zivilgericht überwiesen worden. Die Voruntersuchung ist soweit gediehen, daß die nächste Schwurgerichtssession im Monat Januar 1917 sich mit der Sache befassen wird. Kopp leugnet noch immer die Tat.

Mainz, 21. Nov. Nachdem die Brauereien die Bier- lieferung an Wirte seit einigen Tagen erheblich eingeschränkt haben, sind in Stadt und Land zahlreiche Wirtschaften, be- sonders viele von den Brauereien unterhaltene Zapfwirt- schaften geschlossen worden. Die Wirte und ihre Ange- hörigen suchen lohnenden Verdienst in der Kriegsindustrie. In einigen rheinischen Landgemeinden sind sämtliche Wirt- schaften geschlossen.

Kreuznach 20. Nov. Im hiesigen „Anzeiger“ las man folgendes Darlehnsgebot: „100 M auf ein Jahr zu leihen gesucht. Zinsen ein Viertel von einem über 200 Pfund schweren Schwein.“ — Die Verzinsung wäre gar so übel nicht.

Kleine Chronik.

Mühlhausen (Thür.), 20. Nov. Der Direktor des Lehr- seminars Dr. Bangrin wurde zu 1000 Mark Geldstrafe ver- urteilt, weil er große Vorräte von Eiern und Fleischwaren gehandelt hatte und bei der Aufnahme verschwiegen. Er ist ferner vom Amte suspendiert worden.

Potsdam, 20. Nov. 13 Mehrgesellen, drei Berliner Frauen und ein Schreiner wurden vor dem hiesigen Schö- fengericht wegen Schiebung mit Fleisch und Fett angeklagt. 11 Gefellen wurden wegen fortgesetzten Diebstahls zu je zwei Wochen Gefängnis, zwei andere Gefellen als Anstifter wegen Hehlerei zu je zwei Monaten Gefängnis, eine Verkäuferin zu zwei Wochen Gefängnis, die übrigen Käufer zu je 30 M Geldstrafe verurteilt.

Dresden, 20. Nov. (Ueber 100 000 Mark erbeutet.) Der 26 Jahre alte Kaufmann Gustav Graicher aus Chemnitz hat eine Anzahl von Geschäfts- und Privatleuten um mehr als 100 000 Mark geschädigt. Graicher hat umfangreiche Be- stellungen auf Lebensmittel und Seife entgegengenommen und sich die Waren stets im voraus bezahlen lassen. An Lieferung dachte er nur in den seltensten Fällen. Bis jetzt liegen Anzeigen vor, die einen Schaden von über 100 000 Mark aufweisen. Indessen laufen bei der Dresdener Krimi- nalpolizei noch fortgesetzt neue Anzeigen ein, so daß sich die Schadenssumme noch erhöhen wird. Graicher ist flüchtig.

Köln, 20. Nov. Die Kölner Polizei befolgt neuerdings die Taktik überführte Wucherer sofort einzusperrten. Es wur- den u. a. Geschäftsleute festgenommen, die Mehl vom Müller zu 90 M den Zentner erwarben und bis zu 165 M den Zentner weiter veräußerten. Andere Personen wurden ver- haftet, weil sie Futterkartoffeln, die sie zu 2.50 M den Zentner gekauft hatten, zu 6 M den Zentner absetzten. Mit Geldstrafen ist nach den Erfahrungen der Polizei gegen solche Leute nichts auszurichten, weil selbst größere Geld- strafen bei den bedeutenden Gewinnen nicht hart empfunden werden. Die Kölner Polizei konnte ferner eine verbots- widrige geheime Schweinefleischerei, die das Geschäft im Großen betrieb, ausheben. Es wurden noch 16 Schweine an Ort und Stelle beschlagnahmt. Das Fleisch war als „ge- schmuggelte Auslandsware“ bis zu 8 M das Pfund abge- setzt worden.

— (Massenpeisungen bei Berliner Postämtern). Um dem alleinstehenden weiblichen Personal der Reichspost- und Tele- graphenverwaltung ein kräftiges und preiswertes Mittag- essen zu gewähren, wird demnächst bei den größeren Ber- liner Postämtern versuchsweise mit der Einrichtung von Massenpeisungen begonnen werden. Das Essen soll durch die städtischen Küchen zu den bekannten Bedingungen gelie- fert werden.

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 21. Nov. (W. B.) Amtlich.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Unsere Artillerie bekämpfte mit beobachteter Wirkung feindliche Batterien und Stützpunkte.

Leuchtendes feindliches Feuer lag auf unseren Stellungen beiderseits der Ancre und am St. Pierre Baast. Walde.

Kein Infanteriekampf.

Heeresgruppe Kronprinz.

In der Champagne und im Maasgebiet lebte während einzelner Tagesstunden die Artillerietätigkeit auf.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarshalls

Prinz Leopold von Bayern.

Nichts wesentliches.

Front des Generaloberst Erzherzog Carl.

Im Ludowa-Gebiet (Baldkarpathen) wurde ein Pa- trouillenunternehmen von deutschen Jägern planmäßig durch- geführt; 40 Gefangene wurden eingebracht. Ein Ent- lastungsvorstoß der Russen im Nachbarabschnitt scheiterte blutig.

Am Ostrande Siebenbürgens nur kleine Gefechts- handlungen.

Die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen nörd- lich von Campiung wiesen auch bei Nacht wiederholte rumänische Angriffe ab.

Am Alt wurden den Rumänen einige wichtige Or-tschaften und verschanzte Höhen in hartem Kampf entzogen. Unsere Infanterie steht vor Craiova, dem bisherigen Sitz des Oberkommandos der ersten rumänischen Armee.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls von Mackensen.

Von Artilleriefeuer abgesehen, keine besonderen Er- eignisse.

Constanza und Cernawoda wurden beschossen.

Unsere Fliegergeschwader bewarfen Verkehrsanlagen bei Bukarest mit Bomben.

Mazedonische Front.

Zwischen Prespa-See und Cerna fühlte der Ge-neral an die deutsch-bulgarischen Stellungen mit Vortrup- pen vor.

Serbische Vorstöße an einzelnen Stellen der Moglena- Front, durch starkes Feuer vorbereitet, scheiterten.

In der überschwemmten Struma-Ebene Zusammen- stöße von Aufklärungsabteilungen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Kirchliche Nachrichten aus der evang. Gemeinde Königstein Mittwoh, Buß- und Betttag.

Kirchliche Nachrichten.

Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Vereinsabend des Rünglings- vereins.

Kirchliche Nachrichten aus der evangelischen Ge- meinde Falkenstein.

Mittwoh: Buß- und Betttag. Vormittags 11 Uhr Predigt gottesdienst.

Vorausichtige Witterung

nach Beobachtungen des Frankfurter Physikalischen Vereins. Mittwoch, 22. November: Wechselnd bewölkt, trocken, etwas kälter, Nachtfrostgefahr.

Lufttemperatur. (Celsius.) Höchste Lufttemperatur (Schatten) des gestrigen Tages + 9 Grad, niedrigste Temperatur der vergangenen Nacht + 4 Grad, heutige Lufttemperatur (mittags 12 Uhr) + 4 Grad.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 23. November, wird frische Wurst im hiesigen Rathausaale verkauft und zwar für

Gleichkarten-Nr. 251—300	nachmittags von 2 1/2—3 Uhr,
„ 301—350 „	„ 3—3 1/2 „
„ 351—400 „	„ 3 1/2—4 „
„ 401—450 „	„ 4—4 1/2 „
„ 451—500 „	„ 4 1/2—5 „

Die Einteilung muß genau eingehalten werden.

Königstein im Taunus, den 21. November 1916.

Der Magistrat. Jacobs.

Am 21. 11. 16 ist eine Bekanntmachung betreffend „Bestands- erhebung von Werkzeugmaschinen“ erlassen worden.

Der Wortlaut der Bekanntmachung ist in den Amtsblättern und durch Anschlag veröffentlicht worden.

Stellw. Generalkommando 18. Armee-corps.

Sauberes, fleißiges

● Mädchen ●

gesucht. FRANZ DORNAUF, Blumenhandlung, Hauptstraße 1, Königstein.

2 gute Ziegen

zu verkaufen

Heinrich Scheurloch, Kellheim, —: Dohstraße 5, Fernruf 36. —:.

Größerer

● Hühnerstall ● zu kaufen gesucht.

Angebote an die Geschäftsstelle dies. Zeitung erbeten.

Betr. Fleischkarten.

Es wird darauf hingewiesen, daß Fleischmarken nur in der Woche von den Mehrgern abgetrennt und angenommen werden können, die auf der Fleischmarke als Lieferungswoche bezeichnet ist. So dürfen z. B. in dieser Woche nur die Marken eingelöst werden, die auf den 20.—26. November lauten. Zuwiderhand- lungen werden unnachlässiglich zur Anzeige gebracht werden. Königstein im Taunus, den 21. November 1916.

Der Magistrat: Jacobs.

Fleischverkauf.

Die hiesigen Mehrgern sind angewiesen, Fleisch nur gegen Vor- lage der Fleischkarten abzugeben, sie sind angehalten, die einzel- nen Marken selbst von der Karte abzutrennen und lose Marken nicht an- zunehmen. Kurgäste müssen ihre Fleischkarten auf dem Rathaus- Zimmer 4, abstampfen lassen.

Königstein im Taunus, den 20. November 1916.

Der Magistrat: Jacobs.